

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(149. - öffentliche - Sitzung am 1. September 2022)

Beratungsthemen:

1. **Kommunalbericht 2022**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landesrechnungshofs - [Drs. 18/11650](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung sowie eine Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/10442](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung auf Basis der Vorlage 9 fort. Die Koalitionsfraktionen kündigten an, zeitnah einen Änderungsvorschlag zu § 8 des Gesetzentwurfs vorzulegen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung in der für den 8. September 2022 geplanten Sitzung abzuschließen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/11101](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 2) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Sascha Laaken (SPD).

Der Ausschuss bat den Ältestenrat für den Fall, dass zur abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs im Plenum seitens der Fraktionen keine Redezeiten angemeldet werden, dem Berichterstatter die Möglichkeit zu einem ergänzenden mündlichen Bericht einzuräumen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/11618](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Ferner brachten die Koalitionsfraktionen einen Änderungsvorschlag (Vorlage 1) ein. Der Ausschuss bat die kommunalen Spitzenverbände um eine kurzfristige Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf sowie zu dem Änderungsvorschlag, um mit der abschließenden Beratung das September-Plenum erreichen zu können. Die Fraktionen von SPD und CDU kündigten an, gegebenenfalls noch einen weiteren Änderungsvorschlag vorzulegen.

5. **Flächendeckender Einsatz des Distanzelektroimpulsgeräts (DEIG) in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/11034](#)

Der Ausschuss nahm eine Präsentation zum Einsatz des Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) beim SEK Niedersachsen entgegen und führte dazu eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zum Einsatz des DEIG in den anderen Bundesländern.

6. **Rettung von Tieren zur Pflichtaufgabe machen - für eine landesweit unentgeltliche Tierrettung durch die Feuerwehr**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10128](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

7. **Katastrophen- und Zivilschutz nachhaltig stärken - Aufklärungsarbeit in Schulen ermöglichen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/11406](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung einstimmig um eine schriftliche Unterrichtung im Vorfeld der für den 8. September 2022 geplanten Sitzung sowie den Kultusausschuss um eine zeitnahe Mitberatung, um mit der abschließenden Beratung möglichst das September-Plenum zu erreichen.

8. **Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Einsatz der Polizei anlässlich des Fußball-Bundesligaspiels zwischen dem VfL Wolfsburg und dem SV Werder Bremen in Wolfsburg**

Da die Landesregierung bereits schriftlich über den Einsatz informiert hatte, sah der Ausschuss davon ab, über die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP zu beschließen.